



Dringliches Postulat 330

Eingang Stadtkanzlei: 17. März 2016

Teilnahme am Pilotprojekt zum kontrollierten Verkauf von Cannabis

Kiffen ist illegal. Viele Menschen tun es trotzdem.

Gerade unter jungen Städtern ist der Konsum hoch: Jeder Sechste von ihnen hat im letzten Halbjahr an einem Joint gezogen. Und jeder dritte Schweizer hat schon einmal in seinem Leben gekiffert. So wenig effektiv das Verbot ist, folgenlos geblieben ist es nicht. Weil im Geheimen gekiffert wird, kommen Präventionsmassnahmen oft erst dann zum Einsatz, wenn sie nur noch Massnahmen sind. Das schadet den Betroffenen – und der Gesellschaft. Ebenso, dass die Konsumenten auf den Schwarzmarkt ausweichen müssen. Das dort verkaufte Cannabis ist nicht immer über alle Zweifel erhaben. Dass der Dealer neben Cannabis auch gleich noch harte Drogen verkauft, ist aus Sicht der Drogenprävention sehr schlecht. Wir bedauern es sehr, dass der Stadtrat keinen Handlungsbedarf erkennt und am Pilotprojekt der Städte nicht teilnimmt.

Die Cannabisverbotspolitik ist ineffizient, setzt die Konsumenten unnötigen Risiken aus und verunmöglicht Prävention. Es braucht Ansätze, die sich mehr an der Gesundheit der Konsumenten orientieren. Mit einem konkreten Modellkonzept wollen nun die vier Schweizer Städte Genf, Basel, Bern und Zürich den legalen Cannabiskonsum in speziellen Clubs ermöglichen. Darauf haben sich am Donnerstag städtische Drogenexperten in Bern verständigt. In Zürich und Genf sollen Erwachsene und Jugendliche mit gravierenden Drogenproblemen kontrolliert ihre Joints rauchen dürfen. In Basel ist eine ähnliche Versuchsanordnung nur mit erwachsenen Konsumenten geplant. Zudem soll in Genf Cannabis im Pilotprojekt als Medikament abgegeben werden. Wenn die Regierungen und das Bundesamt für Gesundheit die Projekte genehmigen, sollen sie noch in diesem Jahr starten.

Ein vergleichbares Postulat, welches die Teilnahme der Stadt Luzern an einem Pilotprojekt gefordert hatte, wurde vor wenigen Jahren im Parlament abgelehnt. Der Hauptgrund zur Ablehnung war damals, dass es schlicht gar kein konkretes Projekt gab, wo sich die Stadt hätte beteiligen können. Die Ausgangslage hat sich nun grundlegend geändert und wir

fordern den Stadtrat auf, sich proaktiv für eine Teilnahme am konkreten Projekt der vier Städte Genf, Basel, Bern und Zürich anzumelden. Denn nur so kann längerfristig ein Modell entstehen, das Kiffen in ferner Zukunft einerseits einen legalen Zugang zu Cannabis ermöglicht und andererseits griffigere Präventionsmassnahmen beinhaltet, als dies derzeit durch die Prohibition der Fall ist.

Jules Gut und Stefan Sägesser
namens der GLP-Fraktion